

121. Deutscher Ärztetag

Beratungsergebnisse zu Beschlüssen

Erfurt, 8. bis 11. Mai 2018



121. Deutscher Ärztetag 2018

Beratungsergebnisse zu Beschlüssen

Erfurt, 8. bis 11. Mai 2018

Impressum

Copyright

© Bundesärztekammer 2019

Stand: 28.02.2019

Herausgeber

Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern),
Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin

Titelgrafik

André Meinardus, Deutscher Ärzteverlag, Köln

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

**Inhaltsverzeichnis**

TOP Ia	Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
 Aussprache zum Leitantrag	12
la - 01	Mit Sachverstand Versorgung gestalten	12
la - 02	Ehrenamtliches Engagement in der ärztlichen Selbstverwaltung stärken	12
la - 03	Integriertes Konzept der Notfallversorgung einführen	12
la - 04	Aggression und Gewalt in der Medizin	12
la - 05	Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege	12
la - 06	Sicherstellung einer strukturellen und finanziellen Ausstattung bei der Ausweitung von Studienplatzkapazitäten	13
la - 08	Personaluntergrenzen unverzichtbar für sichere Patientenversorgung	13
la - 09	Ausbildungsoffensive zur Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen	13
la - 10	Einrichtung einer Projektgruppe "Ethisches Leitbild für die digitalisierte Medizin"	13
la - 13	Koalition bedroht die Selbstverwaltung	13
la - 16	Gewalt gegen Ärzte eindämmen	13
la - 17	Extrabudgetäre Vergütung der ambulanten Notfallversorgung	14
la - 18	Fristgerechte Einführung verbindlicher Personaluntergrenzen gemäß § 137i SGB V	14
la - 21	Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte	14
la - 22	Neuregelung der stationären Notfallversorgung: Bedarfsplanung unerlässlich	14
la - 25	Erreichbarkeit des vertragsärztlichen Bereitschaftsdienstes	15
la - 26	Koalitionsvertrag und ärztlicher Arbeitsalltag	15
la - 27	KI-Forschungsprogramme und Mittelvergabe müssen ethischen Mindeststandards wie dem Genfer Gelöbnis folgen	15
TOP Ib	Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
 Veröffentlichung von Interessenwahrnehmungen	16
Ib - 01	Verfahren zur Veröffentlichung von Interessenwahrnehmungen	16
Ib - 01b	Änderungsantrag zum Antrag Ib - 01 - Verfahren zur Veröffentlichung von Interessenwahrnehmungen	16
TOP Ic	Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
 Allgemeine Aussprache	17
Ic - 01	Neufassung des Genfer Gelöbnisses der MBO-Ä voranstellen	17
Ic - 02	Neukonzeption der Reform der Ausbildung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten dringend erforderlich	17
Ic - 03	Gesetzliche Legitimation des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie im Interesse der Versorgungsqualität für eine evidenzbasierte Psychotherapie unverzichtbar	17

Ic - 04	Ärztliche Anforderungen an ein E-Health-Gesetz II	17
Ic - 05	Arztinformationssystem	17
Ic - 06	Nachweis eines gleichwertigen Ausbildungsstandes von Ärztinnen und Ärzten mit Drittstaatenabschlüssen durch Ablegen des medizinischen Staatsexamens	17
Ic - 07	Nutzenbewertung von Arzneimitteln und Medizinprodukten in der Europäischen Union	18
Ic - 08	Obduktionen als wesentliches Instrument klinischer Qualitätssicherung	18
Ic - 09	Prädiktive Tests auf das Risiko für die Alzheimersche Krankheit nur mit Aufklärung und Beratung durch qualifizierte Ärzte	18
Ic - 10	Tabakaußenwerbeverbot endlich auch in Deutschland umsetzen	18
Ic - 11	Stärkung der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes	18
Ic - 12	Ärztliche Kompetenzen im Arbeitsschutz zwingend erhalten	18
Ic - 13	Verbesserte Berücksichtigung und umfassende Refinanzierung von Arzt- und Personalkosten - multiprofessionelle Versorgung von Patientinnen und Patienten sicherstellen	19
Ic - 14	Zucker- und süßungsmittelhaltige Lebensmittelzubereitungen verbindlich und verständlich deklarieren - zucker- und süßungsmittelhaltige Softdrinks besteuern!	19
Ic - 15	Etablierung eines bundesweiten Registers von Ärzten mit nichtbestandenem Kenntnisprüfungen aus Nicht-EU-Staaten bei den Approbationsbehörden	19
Ic - 18	Reform des Zulassungsverfahrens zum Medizinstudium	19
Ic - 19	Benutzerfreundliche Krankenhausinformationssysteme	19
Ic - 20	Strukturelle Einarbeitung ärztlicher Mitarbeiter an Kliniken	19
Ic - 22	Mehr Transparenz bei Vorlage der Opt-Out-Erklärung	20
Ic - 23	Qualifizierte Fortbildung auch während der Weiterbildungszeit ermöglichen	20
Ic - 24	Zeitgemäßes Entlassmanagement	20
Ic - 25	Notdienstnummer 116117	20
Ic - 26	Krankenversicherungskarte	20
Ic - 27	Humanitäre Einsätze von Ärztinnen und Ärzten strukturell fördern - Rechtssicherheit für die Helfer	20
Ic - 29	Grundlagen für funktionierende digitale Gesundheitsinfrastruktur schaffen	20
Ic - 30	Vollständige Kostenübernahme der Einbindung der Telematikinfrastruktur für die Vertragsarztpraxen durch die Krankenkassen	21
Ic - 31	Physician Assistant nur nach abgeschlossener Ausbildung	21
Ic - 32	Sicherstellung einer hochwertigen Ausbildung im Medizinstudium	21
Ic - 33	Reanimation als Lehrveranstaltung	21
Ic - 34	Psychische Gesundheit im Medizinstudium	21
Ic - 35	Transparenter Katalog für die Anrechnung von praktischen Studienabschnitten	21
Ic - 36	Anspruch auf Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr in der Approbationsordnung verankern	22
Ic - 37	Adipositasrisiko senken - Zuckerkonsum von Kindern und Jugendlichen durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen	

	reduzieren	22
Ic - 38	Freier Zugang zu evidenzbasierter Medizin	22
Ic - 39	Gesundheitserziehung in den Schulen	22
Ic - 40	Kooperation als Grundprinzip einer patientengerechten Gesundheitsversorgung	22
Ic - 41	Kulturelle und sprachliche Vielfalt im Krankenhaus als Bereicherung begreifen	22
Ic - 42	Keine Substitution ärztlicher Tätigkeiten im Betrieb durch Nichtärzte	23
Ic - 43	Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe mit der Gleichwertigkeitsprüfung von in Drittstaaten absolvierten ärztlichen Ausbildungen beauftragen und zeitnah ausbauen	23
Ic - 44	Gleiche Rahmenbedingungen für alle Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen	23
Ic - 45	Neustrukturierung der Krankenhausfinanzierung	23
Ic - 46	Krankenhausfinanzierung in den Bundesländern endlich gesetzeskonform durchführen, um die Sicherheit der Patienten zu steigern	23
Ic - 47	Für Transparenz und Kompetenz bei der Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020	23
Ic - 48	Termine für Kenntnisprüfung in der gesetzlich vorgegebenen Frist anbieten	23
Ic - 49	Alle Krankenhäuser umfassend vor Cyber-Angriffen schützen	24
Ic - 50	Zielvereinbarungen in ärztlichen Arbeitsverträgen sind der zuständigen Landesärztekammer zur Prüfung vorzulegen	24
Ic - 51	Krankenhausstrukturen zukunftsorientiert weiterentwickeln	24
Ic - 52	Juristische Anforderungen an die ärztliche Aufklärung patientengerecht umgestalten	24
Ic - 53	Qualitätssicherung neu justieren	24
Ic - 54	Aussetzung der dysfunktionalen Telematikinfrastrukturanbindung wegen technischer und organisatorischer Mängel sowie offener Datenschutzfragen	24
Ic - 55	Förderung eines Mentalitäts- und Kulturwechsels	25
Ic - 56	Aufstockung der Studienplätze für Humanmedizin	25
Ic - 57	Delegation der klinischen Sonographie	25
Ic - 58	Ausbau der ambulanten Weiterbildung bei den grundversorgenden Fachärzten	25
Ic - 59	Datenschutz nur für Gesunde?	25
Ic - 61	Die Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit dürfen die Arztgesundheit nicht gefährden	25
Ic - 63	Ärztliche und personelle Mehrarbeit sowie Digitalisierung in der vertragsärztlichen Versorgung erfordern Aufhebung der Budgetierung	26
Ic - 64	Hersteller und Betreiber von Hard- und Software für die Telematikinfrastruktur müssen für Systemausfälle und Schäden in Praxen, MVZ und Kliniken haften	26
Ic - 65	Marktzugangsregeln und Qualitätskriterien für Gesundheits-Apps	26
Ic - 66	Finanzielle Unterstützung der MFA-Ausbildung	26
Ic - 67	Teilnahme am Aktionsplan zur Novellierung der Gesundheitsfachberufe	26

Ic - 68	Kennzeichnungspflicht für Konsumprodukte	26
Ic - 70	Informationspflichten MVZ - Transparenz herstellen	26
Ic - 72	Impfhindernisse beseitigen	27
Ic - 74	Ablehnung der Fertigstellung der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes	27
Ic - 75	Förderung der ambulanten fachärztlichen Weiterbildung	27
Ic - 76	Zahl der Medizinstudienplätze erhöhen	27
Ic - 77	Unterstützung der Ärzteschaft beim MDK/MDS bezüglich ihrer ärztlichen Unabhängigkeit	27
Ic - 78	Verbesserung der Qualität der Leichenschau	28
Ic - 80	Einführung der Widerspruchslösung zur Organspende	28
Ic - 81	Entwicklung eines nationalen Diabetesplans für Deutschland	28
Ic - 83	Physician Assistance - eine arztunterstützende neue Perspektive für Gesundheitsfachberufe	28
Ic - 84	Tagesordnungspunkt für kommenden Deutschen Ärztetag	28
Ic - 85	Behandlungsspektrum von Heilpraktikern prüfen	29
Ic - 86	"AgendaMEDZukunft", Zulassungswege zum Medizinstudium schneller reformieren und im Sinne der Studierenden handeln	29
Ic - 87	Wertschätzung der Studierenden im Praktischen Jahr	29
Ic - 88	Angleichung der Richtlinien in der Substitution Opioidabhängiger	29
Ic - 89	Ausreichende Erprobung neuer medizinischer Anwendungen der Telematik sicherstellen	29
Ic - 90	Kein Wildwuchs elektronischer Gesundheitsakten einzelner Kassen	29
Ic - 91	Kein neues Bundesinstitut für Telematik	30
Ic - 93	Vereinfachung der "Vereinbarung zu klinischen Sektionen gemäß § 9 Abs. 1a Nr. 3 KHEntgG (Obduktionsvereinbarung)"	30
Ic - 95	Klinik Codex "Medizin vor Ökonomie"	30
Ic - 96	Unterstützung und Weiterentwicklung des Klinik Codex	30
Ic - 97	Im Interesse der Patienten - Freiberuflichkeit statt Konzernbildung	30
Ic - 100	Menschenrecht auf Gesundheit	31
Ic - 101	Freier Zugang und kostendeckende Vergütung für Hochschulambulanzen	31
Ic - 102	Schwerpunkt Klimawandel auf dem Deutschen Ärztetag	31
Ic - 105	Declaration on Health and Climate Change	31
Ic - 107	Krankentransportrichtlinie für Notfälle ändern	31
Ic - 108	Schwangerschaftsabbruch: Werbeverbot beibehalten, Beratungs- und Hilfsangebote stärken	31
Ic - 109	Neurologie und Psychiatrie früher im Medizinstudium	32
Ic - 110	§ 219a StGB reformieren	32
Ic - 111	Schutz der Ärzte vor der Praxis von Arztbewertungsportalen	32
Ic - 112	Fragmentierung der Kompetenzen der Fachärztinnen/Fachärzte	32
Ic - 113	Vorgaben der Qualitätssicherung auf den Prüfstand bezüglich Patientennutzen stellen	32
Ic - 114	Wissensprüfung für Ärzte aus Drittstaaten	32
Ic - 115	Qualitätsstandards für die Gleichwertigkeitsprüfung zur Erteilung der Approbation	32
Ic - 116	Integration ausländischer Ärzte in das deutsche Gesundheitswesen	33
Ic - 119	116117 auf der Versichertenkarte	33

Ic - 120	Regelmäßige Überprüfung der Inanspruchnahme während des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Krankenhaus	33
Ic - 121	Umsetzung fachlicher Standards in der gesundheitlichen Versorgung von Betroffenen häuslicher und sexualisierter Gewalt	33
Ic - 122	Abschaffung der Strafbarkeit einer sachlichen Information über den Schwangerschaftsabbruch	33
Ic - 123	Berücksichtigung der beruflichen Vorprägung bei der Neujustierung der Zulassung zum Medizinstudium	34
Ic - 124	Gesundheitliche Gefahren durch Plastikmüll und Mikroplastik untersuchen und vermindern	34
Ic - 125	Schulung von Führungskräften in Führungsethik	34
Ic - 127	Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen im Praktischen Jahr	34
Ic - 128	Zielgerichtete gesundheitsorientierte Prävention unter besonderer Berücksichtigung von Heranwachsenden mittels einer Zuckerabgabe auf Getränke und Fertigprodukte	34
Ic - 129	Lebensmittelkennzeichnung durch eine sogenannte Ampel	34
Ic - 130	Ernährung als Schulfach	35
Ic - 133	Dringliche Modifizierung des Physician Assistant	35
Ic - 136	Aufhebung von Budgetierung und Leistungsbeschränkungen verkürzt Wartezeiten für Patienten - Terminservicestellen und Verlängerung von Pflichtzeiten sind ungeeignet	35
Ic - 137	Sorge wegen der Industrialisierung ambulanter medizinischer Leistungen	35
Ic - 138	Ärztegesundheit	35
Ic - 139	Studienplatzzerhöhung nur nach ausreichender Finanzierung der Studiengänge	35
Ic - 140	Maßnahmen zur Prävention des Nikotinabusus endlich umsetzen - Kinder und Jugendliche vor Suchtgefahren schützen	36
Ic - 141	Aus für die elektronische Gesundheitskarte (eGK)	36
Ic - 142	Standardisierte Fragebögen für qualifizierte ärztliche Bescheinigungen	36
Ic - 143	Flexibilität für Auslandsabschnitte im Praktischen Jahr erhalten	36
Ic - 146	Approbation von Ärztinnen und Ärzten aus Drittstaaten	36
Ic - 147	Bundeseinheitliche Aufwandsentschädigung für PJ-Studierende	36
Ic - 148	Muttersprachliche Schwangerschaftskonfliktberatung	36
Ic - 151	Keine Diskriminierung oder Diffamierung von behinderten Menschen und Geflüchteten	37
Ic - 152	Antragskommission	37
TOP II	Psychische Erkrankungen: Versorgung aus ärztlicher Sicht	38
II - 01	Weiterentwicklung des Behandlungs- und Versorgungssystems für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu einem gesundheitspolitischen Schwerpunkt machen	38
II - 02	Zeitgemäße Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetze - Prävention, Behandlung und Hilfe müssen im Vordergrund stehen	38
II - 03	Gesetzliche Grundlage für eine "Arbeitsminderung" schaffen	38
II - 04	Verbesserung der Versorgung psychisch und psychosomatisch kranker Menschen	38

II - 05	Sprechende Medizin endlich stärken	38
II - 06	Stigmatisierung psychisch Erkrankter abbauen	38
II - 07	Keine Substitution indizierter psychotherapeutischer Behandlungen	39
II - 08	Versorgungsforschung Psychiatrie	39
II - 09	Einrichtung einer Arbeitsgruppe Neuropsychiatrie in der Bundesärztekammer	39
II - 12	Gegen Speicherung der Daten psychisch Kranker	39
II - 13	Verbesserung der interprofessionellen Kommunikation im Bereich der seelischen Gesundheit	39
TOP III	GOÄneu	40
III - 01	Fortsetzung der Arbeiten an der GOÄ-Novelle	40
III - 02	Keine Vereinheitlichung inkompatibler ärztlicher Gebührensysteme	40
III - 03	Forderung nach zeitnaher und deutlicher Erhöhung der bestehenden Gebührensätze der GOÄneu	40
III - 04	Novellierung der GOÄ	40
III - 05	Ärztliche Gebührenordnung als Verhandlungsgrundlage für die Novellierung der GOÄ fertigstellen	40
III - 06	GOÄ frühzeitig in die Politik einbringen	40
III - 07	Leichenschau sofort besser honorieren	41
III - 08	Vorzeitige Umsetzung der GOÄ bei der Abrechnung der Leichenschau	41
III - 09	Vergütung der ärztlichen Leichenschau	41
TOP IV	Änderung des § 7 Abs. 4 MBO-Ä (Fernbehandlung)	42
IV - 01	Änderung des in § 7 Abs. 4 MBO-Ä statuierten Behandlungsgrundsatzes zur Fernbehandlung von Patientinnen und Patienten	42
IV - 03	Keine ärztlichen Verordnungen im Rahmen von ausschließlichen Fernbehandlungen	42
IV - 04	Keine Krankschreibung per Telefon oder per Videokonferenz bei unbekannten Patienten	42
IV - 05	Änderung des in § 7 Abs. 4 MBO-Ä statuierten Behandlungsgrundsatzes zur Fernbehandlung von Patientinnen und Patienten	42
IV - 07	Einbindung von Fernbehandlung in bestehende Versorgungsstrukturen	42
IV - 08	Diskriminierungsverbot bei Fernbehandlungen	43
IV - 09	Fernbehandlung im vertragsärztlichen Sektor nur durch Vertragsärzte	43
IV - 10	§ 7 Abs. 4 MBO-Ä (Fernbehandlung)	43
IV - 11	Information des weiterbehandelnden Arztes bei ausschließlicher Fernbehandlung	43
TOP VIII	Novellierung der (Muster-)Weiterbildungsordnung	44
VIII - 01	Gesamtnovelle der (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018	44
VIII - 02	Elektronisches Logbuch zur Dokumentation der Weiterbildung	44
VIII - 03	eLogbuch bundesweit einführen	44

VIII - 04	Verbundweiterbildung ausbauen	44
VIII - 05	Sicherstellung der Durchführung der Weiterbildung an den Weiterbildungsstätten	44
VIII - 06	Anerkennung von humanitären Einsätzen auf die Weiterbildung	44
VIII - 12	Attraktivität der Weiterbildung im ambulanten Bereich steigern	45
VIII - 13	Der 121. Deutsche Ärztetag beschließt die (Muster-)Weiterbildungsordnung	45
VIII - 14	Neue Strukturen zügig und einheitlich in den Landesärztekammern übernehmen	45
VIII - 15	Weiterbildungszeiten zur Stärkung der Kompetenzorientierung sukzessive reduzieren	45
VIII - 16	Unterbrechungszeiten in der Weiterbildung	45
VIII - 16a	Änderungsantrag zum Antrag VIII - 16 - Unterbrechungen der Weiterbildung	45
VIII - 17	Berufsbegleitende Weiterbildung in der Zusatz-Weiterbildung stärken	46
VIII - 18	Weitere Entwicklung der Weiterbildung durch neue Weiterbildungskultur vor Ort	46
VIII - 20	Neue Zusatz-Weiterbildungen	46
VIII - 21	Zusatz-Weiterbildung Phlebologie bleibt erhalten	46
VIII - 25	Berufsbegleitenden Erwerb von Zusatz-Weiterbildungen ermöglichen	46
VIII - 27	Zusatzbezeichnung Rehabilitationswesen und Zusatzbezeichnung Sozialmedizin	46
VIII - 28	Kardiale Magnetresonanztomographie (Kardio-MRT)	47
VIII - 29	Gefährdung der Versorgung in der Phlebologie verhindern!	47
VIII - 31	Erhalt der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie	47
VIII - 36	Erhalt der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie	47
VIII - 39	Änderungsantrag zu Antrag VIII - 01 - Abschnitt A der MWBO (Paragrafenteil), elektronisches Logbuch	47
VIII - 40	Beibehaltung der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie - Ablehnung der Nichtaufnahme der Phlebologie in die MWBO	47
VIII - 41	Erhalt der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie	47
VIII - 50	Beibehaltung der Zusatz-Weiterbildung Spezielle Viszeralchirurgie als berufsbegleitende Weiterbildung	48
VIII - 52	Zusammenlegung Zusatz-Weiterbildung Balneologie und physikalische Therapie	48
VIII - 53	Paragrafenteil, § 5 Abs. 7, Mentoren	48
VIII - 56	Zusatz-Weiterbildung Psychotherapie berufsbegleitend erhalten	48
VIII - 57	Zusatz-Weiterbildung Akupunktur, Stundenzahl	48
VIII - 59	Teilzeitanerkennung unter 50 Prozent	48
VIII - 59a	Änderungsantrag zu VIII - 59 - Gesamtweiterbildungszeit	49
VIII - 60	eLearning-Anteile	49
VIII - 65	Änderung der Präambel MWBO - 1. Satz	49
VIII - 66	Änderung der Präambel (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) - 3. Satz	49
VIII - 67	Kommunikative Kompetenzen verbindlich in der Weiterbildung verankern	50
VIII - 68	Zusatz-Weiterbildung Intensivmedizin	50
VIII - 69	Zusatz-Weiterbildung Sexualmedizin	50

VIII - 70	Berufsbegleitender Erwerb der Zusatz-Weiterbildung Allergologie	50
VIII - 72	Zusatz-Weiterbildung Palliativmedizin berufsbegleitend erwerbbar gestalten	50
VIII - 77	Anrechenbarkeit erworbener Kompetenzen	50
VIII - 80	Verpflichtende Evaluation der Weiterbildung in allen Ärztekammern	50
VIII - 81	Erwerb der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie soll berufsbegleitend möglich sein	51
VIII - 82	Zusatz-Weiterbildung Flugmedizin - Ergänzung Definition	51
VIII - 84	Zusatz-Weiterbildung: Kompetenzerwerb als entscheidendes Kriterium/Abschnitt A	51
VIII - 85	Zusatz-Weiterbildung Schlafmedizin	51



**TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Aussprache zum Leitantrag**

Mit Sachverstand Versorgung gestalten

(Drucksache Ia - 01) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- *Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018*
- *Pressemitteilung vom 10.05.2018 "Mit Sachverstand Versorgung gestalten"*
- *Gegenstand politischen Austauschs im parlamentarischen Raum.*

Ehrenamtliches Engagement in der ärztlichen Selbstverwaltung stärken

(Drucksache Ia - 02) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der AG "Ambulante und stationäre Versorgung".

Ergebnis: *Das Anliegen wird in der Arbeitsgruppe behandelt.*

Integriertes Konzept der Notfallversorgung einführen

(Drucksache Ia - 03) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- *Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018*
- *Einbeziehung in Pressemitteilung vom 10.05.2018 "Ärztetag fordert Notfallhilfen für Notaufnahmen"*
- *Gegenstand politischen Austauschs im parlamentarischen Raum.*

Aggression und Gewalt in der Medizin

(Drucksache Ia - 04) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Bundesärztekammer hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. So wurde u.a. ein Vorschlag zur Änderung des § 115 Abs. 3 StGB erarbeitet und den zuständigen Bundesministerien zugeleitet. Ferner haben die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern eine Übersicht der Angebote und Aktivitäten von Kammern sowie weiteren Organisationen zum Thema zusammengestellt. Dabei erstrecken sich die Angebote von konkreten Beratungsleistungen, Bildungsangeboten und Informationsmaterialien bis hin zu Hinweisen zu organisatorischen sowie politisch-öffentlichen Maßnahmen. Die Bundesärztekammer steht im Austausch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), um weitere Maßnahmen für die Prävention von Gewalt u.a. gegen Ärztinnen und Ärzte zu planen.*

Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege

(Drucksache Ia - 05) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- *Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018.*

Sicherstellung einer strukturellen und finanziellen Ausstattung bei der Ausweitung von Studienplatzkapazitäten

(Drucksache Ia - 06) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder, die Kulturministerkonferenz (KMK), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die KMK und die GMK gerichtet.*

Personaluntergrenzen unverzichtbar für sichere Patientenversorgung

(Drucksache Ia - 08) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018.

Ausbildungsoffensive zur Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen

(Drucksache Ia - 09) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Einrichtung einer Projektgruppe "Ethisches Leitbild für die digitalisierte Medizin"

(Drucksache Ia - 10) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Weiterentwicklung der ärztlichen Patientenversorgung durch Digitalisierung wird mithilfe von Expertengesprächen untersucht, die von einer Arbeitsgruppe begleitet werden.*

Koalition bedroht die Selbstverwaltung

(Drucksache Ia - 13) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gewalt gegen Ärzte eindämmen

(Drucksache Ia - 16) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Bundesärztekammer hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. So wurde u.a. ein Vorschlag zur Änderung des § 115 Abs. 3 StGB erarbeitet und den zuständigen Bundesministerien zugeleitet. Ferner haben die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern eine Übersicht der Angebote und Aktivitäten von Kammern sowie weiteren Organisationen zum Thema zusammengestellt. Dabei erstrecken sich die Angebote von konkreten Beratungsleistungen, Bildungsangeboten und Informationsmaterialien bis hin zu Hinweisen zu organisatorischen sowie politisch-öffentlichen Maßnahmen. Die Bundesärztekammer steht im Austausch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), um weitere Maßnahmen für die Prävention von Gewalt u.a. gegen Ärztinnen und Ärzte zu planen.*

Extrabudgetäre Vergütung der ambulanten Notfallversorgung

(Drucksache Ia - 17) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- *Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018*
- *Einbeziehung in Pressemitteilung vom 10.05.2018 "Ärztetag fordert Notfallhilfen für Notaufnahmen"*
- *Gegenstand politischen Austauschs im parlamentarischen Raum.*

Fristgerechte Einführung verbindlicher Personaluntergrenzen gemäß § 137i SGB V

(Drucksache Ia - 18) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- *Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018.*

Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte

(Drucksache Ia - 21) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Bundesärztekammer hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. So wurde u.a. ein Vorschlag zur Änderung des § 115 Abs. 3 StGB erarbeitet und den zuständigen Bundesministerien zugeleitet. Ferner haben die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern eine Übersicht der Angebote und Aktivitäten von Kammern sowie weiteren Organisationen zum Thema zusammengestellt. Dabei erstrecken sich die Angebote von konkreten Beratungsleistungen, Bildungsangeboten und Informationsmaterialien bis hin zu Hinweisen zu organisatorischen sowie politisch-öffentlichen Maßnahmen. Die Bundesärztekammer steht im Austausch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), um weitere Maßnahmen für die Prävention von Gewalt u.a. gegen Ärztinnen und Ärzte zu planen.*

Neuregelung der stationären Notfallversorgung: Bedarfsplanung unerlässlich

(Drucksache Ia - 22) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- *Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018*
- *Einbeziehung in Pressemitteilung vom 10.05.2018 "Ärztetag fordert Notfallhilfen für Notaufnahmen"*
- *Gegenstand politischen Austauschs im parlamentarischen Raum.*

Erreichbarkeit des vertragsärztlichen Bereitschaftsdienstes

(Drucksache Ia - 25) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018
- Einbeziehung in Pressemitteilung vom 10.05.2018 "Ärztetag fordert Notfallhilfen für Notaufnahmen"
- Gegenstand politischen Austauschs im parlamentarischen Raum.

Koalitionsvertrag und ärztlicher Arbeitsalltag

(Drucksache Ia - 26) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

KI-Forschungsprogramme und Mittelvergabe müssen ethischen Mindeststandards wie dem Genfer Gelöbnis folgen

(Drucksache Ia - 27) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.



**TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Veröffentlichung von Interessenwahrnehmungen**

Verfahren zur Veröffentlichung von Interessenwahrnehmungen

(Drucksache Ib - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Vorstand hat das Verfahren aufgrund der Vorstandsüberweisung Ib - 01b angepasst und im Formular vorgesehen, dass auch eine Beteiligung an oder eine Tätigkeit in einem Unternehmen des Gesundheitswesens mit Nebeneinkünften angegeben werden kann. Das so angepasste Verfahren wurde bereits bei den Vorstandsmitgliedern angewendet. Die Abgeordneten des 122. Deutschen Ärztetages 2019 werden gebeten, ihre Interessenwahrnehmungen anhand des aktualisierten Formulars dazulegen.*

**Änderungsantrag zum Antrag Ib - 01 - Verfahren zur Veröffentlichung von
Interessenwahrnehmungen**

(Drucksache Ib - 01b) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Vorstand hat das Verfahren aufgrund der Vorstandsüberweisung Ib - 01b angepasst und im Formular vorgesehen, dass auch eine Beteiligung an oder eine Tätigkeit in einem Unternehmen des Gesundheitswesens mit Nebeneinkünften angegeben werden kann. Das so angepasste Verfahren wurde bereits bei den Vorstandsmitgliedern angewendet. Die Abgeordneten des 122. Deutschen Ärztetages 2019 werden gebeten, ihre Interessenwahrnehmungen anhand des aktualisierten Formulars dazulegen.*



**TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Allgemeine Aussprache**

Neufassung des Genfer Gelöbnisses der MBO-Ä voranstellen

(Drucksache Ic - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Umsetzung in der (Muster-)Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte (MBO-Ä).

Ergebnis: *Die Umsetzung in der MBO-Ä ist durch Bekanntmachung im Deutschen Ärzteblatt vom 15.06.2018 erfolgt.*

Neukonzeption der Reform der Ausbildung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten dringend erforderlich

(Drucksache Ic - 02) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gesetzliche Legitimation des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie im Interesse der Versorgungsqualität für eine evidenzbasierte Psychotherapie unverzichtbar

(Drucksache Ic - 03) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden insbesondere in das Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Psychotherapeutenausbildung eingebracht.*

Ärztliche Anforderungen an ein E-Health-Gesetz II

(Drucksache Ic - 04) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesellschafter der gematik, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Telematik im Gesundheitswesen (BLAG), den Bundesverband Gesundheits-IT (BVITG), den Bundesverband digitale Wirtschaft (BVDW) und an den Privatärztlichen Bundesverband (PBV).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschafter der gematik, die BLAG, den BVITG, den BVDW und an den PBV am 18.06.2018.

Arztinformationssystem

(Drucksache Ic - 05) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess und ggf. in das Stimmnahmeverfahren eingebracht.*

Nachweis eines gleichwertigen Ausbildungsstandes von Ärztinnen und Ärzten mit Drittstaatenabschlüssen durch Ablegen des medizinischen Staatsexamens

(Drucksache Ic - 06) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Schreiben an das BMG und die GMK am 30.10.2018.*

Nutzenbewertung von Arzneimitteln und Medizinprodukten in der Europäischen Union (Drucksache Ic - 07) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Obduktionen als wesentliches Instrument klinischer Qualitätssicherung

(Drucksache Ic - 08) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband - GKV-SV), den Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband) und an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Ein Schreiben an den GKV-SV, den PKV-Verband und an die DKG wurde am 29.10.2018 versandt.*

Prädiktive Tests auf das Risiko für die Alzheimersche Krankheit nur mit Aufklärung und Beratung durch qualifizierte Ärzte

(Drucksache Ic - 09) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Tabakaußenwerbeverbot endlich auch in Deutschland umsetzen

(Drucksache Ic - 10) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 26.09.2018 an das BMWi, das BMG und das BMEL versandt.*

Stärkung der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes

(Drucksache Ic - 11) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Das Anliegen wurde bei verschiedenen Gelegenheiten mündlich kommuniziert. Der GMD wurden bereits in den letzten Jahren gleichgerichtete Forderungen schriftlich übermittelt.*

Ärztliche Kompetenzen im Arbeitsschutz zwingend erhalten

(Drucksache Ic - 12) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und an den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Ergebnis: *Ein Schreiben an das BMAS, die DGUV, den BDA und den DGB wurde am 02.10.2018 versandt. Zusätzlich wurde am 19.11.2018 ein Gespräch mit Vertretern der DGUV, dem BMAS und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) geführt, ein Folgegespräch wird am 08.04.2019 stattfinden.*

Verbesserte Berücksichtigung und umfassende Refinanzierung von Arzt- und Personalkosten - multiprofessionelle Versorgung von Patientinnen und Patienten sicherstellen

(Drucksache Ic - 13) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018

- Einbeziehung in Pressemitteilung vom 11.05.2018 "Ärzeschaft fordert Trendwende im stationären Sektor".

Zucker- und süßungsmittelhaltige Lebensmittelzubereitungen verbindlich und verständlich deklarieren - zucker- und süßungsmittelhaltige Softdrinks besteuern!

(Drucksache Ic - 14) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 zu diskutieren und ein Fachgespräch zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse durchzuführen.*

Etablierung eines bundesweiten Registers von Ärzten mit nichtbestandenem Kenntnisprüfungen aus Nicht-EU-Staaten bei den Approbationsbehörden

(Drucksache Ic - 15) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: *Ein Schreiben an die GMK wurde am 30.10.2018 versandt.*

Reform des Zulassungsverfahrens zum Medizinstudium

(Drucksache Ic - 18) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Kultusministerkonferenz (KMK), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die KMK und die GMK gerichtet.*

Benutzerfreundliche Krankenhausinformationssysteme

(Drucksache Ic - 19) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und an den Bundesverband Gesundheits-IT (BVITG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an die DKG, das BMG und den BVITG am 18.06.2018.

Strukturelle Einarbeitung ärztlicher Mitarbeiter an Kliniken

(Drucksache Ic - 20) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Ein Schreiben an die DKG wurde am 12.10.2018 versandt.*

Mehr Transparenz bei Vorlage der Opt-Out-Erklärung

(Drucksache Ic - 22) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Ein Schreiben an die DKG wurde am 12.10.2018 versandt.*

Qualifizierte Fortbildung auch während der Weiterbildungszeit ermöglichen

(Drucksache Ic - 23) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Die Ständige Konferenz "Ärztliche Fortbildung" unterstützt die in der Entschließung formulierte Forderung, Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung die Teilnahme an qualifizierten Fortbildungen durch ihren Arbeitgeber zeitlich zu ermöglichen und sie auch finanziell zu fördern. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 13.11.2018 an die DKG versandt.*

Zeitgemäßes Entlassmanagement

(Drucksache Ic - 24) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband - GKV-SV), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Ergebnis: *Der Vorstand unterstützt das Anliegen des Antrags.*

- Schreiben an die KBV, den GKV-SV, die DKG und den G-BA am 18.06.2018.

Notdienstnummer 116117

(Drucksache Ic - 25) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Dazu soll ein direkter Austausch mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) stattfinden.

Ergebnis: *Die Forderung ist Bestandteil der im Dezember 2018 vom BMG vorgelegten Eckpunkte zur Reform der Notfallversorgung.*

Krankenversicherungskarte

(Drucksache Ic - 26) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Unter Berücksichtigung der im Dezember 2018 vom BMG vorgelegten Eckpunkte zur Reform der Notfallversorgung fließt die Forderung in die weitere politische Arbeit ein.*

Humanitäre Einsätze von Ärztinnen und Ärzten strukturell fördern - Rechtssicherheit für die Helfer

(Drucksache Ic - 27) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV).

Ergebnis: *Ein Schreiben an das BMG, die DKG und die KBV wurde am 29.01.2019 versandt.*

Grundlagen für funktionierende digitale Gesundheitsinfrastruktur schaffen

(Drucksache Ic - 29) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und den Bundesverband Gesundheits-IT (BVITG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG und den BVITG am 18.06.2018.

Vollständige Kostenübernahme der Einbindung der Telematikinfrastruktur für die Vertragsarztpraxen durch die Krankenkassen

(Drucksache Ic - 30) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und die Gesellschafter der gematik.

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG und die Gesellschafter der gematik am 18.06.2018.

Physician Assistant nur nach abgeschlossener Ausbildung

(Drucksache Ic - 31) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Medizinische Fachberufe" und Schreiben an den Deutschen Hochschulverband Physician Assistant (DHPA).

Ergebnis: *Der Ausschuss hat die gemeinsame Arbeitsgruppe "Akademisierte Gesundheitsfachberufe/Physician Assistant" von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) um eine erneute Befassung mit dem Konzeptpapier "Physician Assistant" gebeten. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Mit dem DHPA fand am 20.04.2018 ein Gespräch statt, ein Folgegespräch ist für die erste Jahreshälfte 2019 geplant.*

Sicherstellung einer hochwertigen Ausbildung im Medizinstudium

(Drucksache Ic - 32) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Reanimation als Lehrveranstaltung

(Drucksache Ic - 33) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den MFT und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Psychische Gesundheit im Medizinstudium

(Drucksache Ic - 34) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den MFT und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Transparenter Katalog für die Anrechnung von praktischen Studienabschnitten

(Drucksache Ic - 35) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die GMK, den MFT und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Anspruch auf Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr in der Approbationsordnung verankern

(Drucksache Ic - 36) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Adipositasrisiko senken - Zuckerkonsum von Kindern und Jugendlichen durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen reduzieren

(Drucksache Ic - 37) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 zu diskutieren und ein Fachgespräch zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse durchzuführen. Ein Verweis auf die Entschließung erfolgte in der "Stellungnahme zur Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten" vom 03.12.2018.*

Freier Zugang zu evidenzbasierter Medizin

(Drucksache Ic - 38) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sowie am 11.06.2018 an den MFT und den VUD gerichtet.*

Gesundheitserziehung in den Schulen

(Drucksache Ic - 39) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Der Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin" hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 auf Grundlage bereits bestehender Aktivitäten zu beraten.*

Kooperation als Grundprinzip einer patientengerechten Gesundheitsversorgung

(Drucksache Ic - 40) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Kulturelle und sprachliche Vielfalt im Krankenhaus als Bereicherung begreifen

(Drucksache Ic - 41) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Ein Schreiben an die DKG wurde am 12.10.2018 versandt.*

Keine Substitution ärztlicher Tätigkeiten im Betrieb durch Nichtärzte

(Drucksache Ic - 42) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV).

Ergebnis: Ein Schreiben an die DGUV wurde am 02.10.2018 versandt. Zusätzlich gab es am 19.11.2018 ein Gespräch mit Vertretern der DGUV, dem BMAS und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), ein Folgegespräch wird am 08.04.2019 stattfinden.

Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe mit der Gleichwertigkeitsprüfung von in Drittstaaten absolvierten ärztlichen Ausbildungen beauftragen und zeitnah ausbauen

(Drucksache Ic - 43) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

- Schreiben an das BMG und die GMK am 30.10.2018.

Gleiche Rahmenbedingungen für alle Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen

(Drucksache Ic - 44) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Neustrukturierung der Krankenhausfinanzierung

(Drucksache Ic - 45) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

- Übermittlung der Forderungen an die gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene unter anderem mit Schreiben vom 14.08.2018

- Einbeziehung in Pressemitteilung vom 11.05.2018 "Ärztenschaft fordert Trendwende im stationären Sektor".

Krankenhausfinanzierung in den Bundesländern endlich gesetzestkonform durchführen, um die Sicherheit der Patienten zu steigern

(Drucksache Ic - 46) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der AG "Ambulante und stationäre Versorgung".

Ergebnis: Das Anliegen wird in der Arbeitsgruppe behandelt.

Für Transparenz und Kompetenz bei der Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020

(Drucksache Ic - 47) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die GMK, den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.

Termine für Kenntnisprüfung in der gesetzlich vorgegebenen Frist anbieten

(Drucksache Ic - 48) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die zuständigen Landesministerien.

Ergebnis: Ein Schreiben an die Landesministerien über die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) wurde am 30.10.2018 versandt.

Alle Krankenhäuser umfassend vor Cyber-Angriffen schützen

(Drucksache Ic - 49) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Ein Schreiben an das BSI und die DKG wurde am 18.06.2018 versandt.*

Zielvereinbarungen in ärztlichen Arbeitsverträgen sind der zuständigen Landesärztekammer zur Prüfung vorzulegen

(Drucksache Ic - 50) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte" sowie Beratung im Rahmen der PG "Wettbewerb im Gesundheitswesen".

Ergebnis: *Der Ausschuss spricht sich gegen eine generelle berufsordnungsrechtliche Verpflichtung von Ärztinnen und Ärzten aus, Zielvereinbarungen als Bestandteil von Arbeitsverträgen bei der zuständigen Ärztekammer vorzulegen. Auf die Ergebnisse der Arbeit der Gemeinsamen Koordinierungsstelle der Bundesärztekammer und des Verbandes der Leitenden Krankenhausärzte (VLK) zu Zielvereinbarungen in Chefarztverträgen wird hingewiesen.*

Krankenhausstrukturen zukunftsorientiert weiterentwickeln

(Drucksache Ic - 51) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Juristische Anforderungen an die ärztliche Aufklärung patientengerecht umgestalten

(Drucksache Ic - 52) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat die Entschließung beraten und betont die Notwendigkeit der individuellen Ausrichtung ärztlicher Aufklärung am einzelnen Patienten im Behandlungsfall. Die Forderung nach einer Änderung der zivilrechtlichen Bestimmungen zum Behandlungsvertrag wird nicht weiterverfolgt.*

Qualitätssicherung neu justieren

(Drucksache Ic - 53) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG am 29.10.2018.

Aussetzung der dysfunktionalen Telematikinfrastrukturanbindung wegen technischer und organisatorischer Mängel sowie offener Datenschutzfragen

(Drucksache Ic - 54) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Förderung eines Mentalitäts- und Kulturwechsels

(Drucksache Ic - 55) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Aufstockung der Studienplätze für Humanmedizin

(Drucksache Ic - 56) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder, die Kultusministerkonferenz (KMK), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den Ministerpräsidenten des Saarlandes, die KMK und die GMK gerichtet.*

Delegation der klinischen Sonographie

(Drucksache Ic - 57) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Medizinische Fachberufe".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat nach seiner Beratung die gemeinsame Arbeitsgruppe "Akademisierte Gesundheitsfachberufe/Physician Assistant" von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) um eine erneute Befassung mit dem Konzeptpapier "Physician Assistant" gebeten. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.*

Ausbau der ambulanten Weiterbildung bei den grundversorgenden Fachärzten

(Drucksache Ic - 58) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Das Gespräch mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zur Finanzierung der ambulanten Weiterbildung soll fortgesetzt werden.

Ergebnis: *Die Gespräche mit der KBV zu dieser Thematik wurden fortgesetzt. Die KBV hat zugesagt, mit einem Vorschlag zur Finanzierung der ambulanten Weiterbildung auf die Bundesärztekammer zuzukommen.*

Datenschutz nur für Gesunde?

(Drucksache Ic - 59) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Die Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit dürfen die Arztgesundheit nicht gefährden

(Drucksache Ic - 61) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Beratung in der PG "Wettbewerb im Gesundheitswesen".

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Das Anliegen der EntschlieÙung wird im TOP "Wenn die Arbeit Ärzte krank macht" des 122. Deutschen Ärztetages 2019 mit beraten.*

Ärztliche und personelle Mehrarbeit sowie Digitalisierung in der vertragsärztlichen Versorgung erfordern Aufhebung der Budgetierung

(Drucksache Ic - 63) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und den

Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband - GKV-SV).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein Schreiben an die KBV wurde am 17.07.2018 und an den GKV-SV am 25.07.2018 versandt.*

Hersteller und Betreiber von Hard- und Software für die Telematikinfrastruktur müssen für Systemausfälle und Schäden in Praxen, MVZ und Kliniken haften

(Drucksache Ic - 64) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), den GKV-Spitzenverband und an den Bundesverband Gesundheits-IT (BVGITG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an die KBV, den GKV-Spitzenverband und den BVGITG am 18.06.2018.

Marktzugangsregeln und Qualitätskriterien für Gesundheits-Apps

(Drucksache Ic - 65) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags findet bereits Berücksichtigung und kann daher angenommen werden. Im Rahmen der E-Health-Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) wird unter Mitwirkung der Bundesärztekammer (BÄK) derzeit an einem Kriterienkatalog zur Bewertung von Medical Apps gearbeitet. Weiterhin haben BÄK und Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) als Gesellschafterinnen des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin (ÄZQ) dieses beauftragt, eine Handreichung für Ärztinnen und Ärzte zum Umgang mit Medical Apps zu erarbeiten.*

Finanzielle Unterstützung der MFA-Ausbildung

(Drucksache Ic - 66) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Medizinische Fachberufe".

Ergebnis: *Der Ausschuss sieht die Zuständigkeit für diese Thematik bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV).*

Teilnahme am Aktionsplan zur Novellierung der Gesundheitsfachberufe

(Drucksache Ic - 67) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Medizinische Fachberufe".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich gegen eine Teilnahme ausgesprochen.*

Kennzeichnungspflicht für Konsumprodukte

(Drucksache Ic - 68) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 zu diskutieren und ein Fachgespräch zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse durchzuführen. Ein Verweis auf die EntschlieÙung erfolgte in der "Stellungnahme zur Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten" vom 03.12.2018.*

Informationspflichten MVZ - Transparenz herstellen

(Drucksache Ic - 70) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein Schreiben an das BMG wurde am 25.07.2018 versandt.*

Impfhindernisse beseitigen

(Drucksache Ic - 72) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Beratung im Ausschuss "Versorgung".

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die AG "Öffentlicher Gesundheitsdienst" des Versorgungsausschusses hat sich gegen das Ansinnen von Apothekern, zukünftig Impfungen durchzuführen, ausgesprochen, da es nicht dem Berufsbild entspricht. Impfungen stellen eine ärztliche Leistung dar.*

Ablehnung der Fertigstellung der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes

(Drucksache Ic - 74) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Förderung der ambulanten fachärztlichen Weiterbildung

(Drucksache Ic - 75) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Das Gespräch mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zur Finanzierung der ambulanten Weiterbildung soll fortgesetzt werden.

Ergebnis: *Die Gespräche mit der KBV zu dieser Thematik wurden fortgesetzt. Die KBV hat zugesagt, mit einem Vorschlag zur Finanzierung der ambulanten Weiterbildung auf die Bundesärztekammer zuzukommen.*

Zahl der Medizinstudienplätze erhöhen

(Drucksache Ic - 76) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an die Kultusministerkonferenz (KMK).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die GMK, die KMK, an den Medizinischen Fakultätentag (MFT), den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und an den Ministerpräsidenten des Saarlandes gerichtet.*

Unterstützung der Ärzteschaft beim MDK/MDS bezüglich ihrer ärztlichen Unabhängigkeit

(Drucksache Ic - 77) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Verbesserung der Qualität der Leichenschau

(Drucksache Ic - 78) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung" und im Ausschuss "Gebührenordnung" sowie Gespräch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Beratungsergebnisse der Weiter- und Fortbildungsgremien zu den Unterpunkten 1 und 2 sowie des Ausschusses „Gebührenordnung“ zum Unterpunkt 4:*

Dem Anliegen der Antragsteller wurde u. a. durch die Verankerung des Weiterbildungsinhalts „Ärztliche Leichenschau“ in der neuen MWBO 2018 als Handlungskompetenz in den Allgemeinen Inhalten, die für alle Facharzt- und Schwerpunktweiterbildungen gelten, Rechnung getragen. Eine

darüberhinausgehende Implementierung eines obligaten Weiterbildungskurses wird von den Weiterbildungsstellen hingegen nicht befürwortet. Freiwillige Fortbildungsmaßnahmen werden unterstützt.

Die Forderung, dass fünf der im Fünfjahreszeitraum nachzuweisenden 250 Fortbildungspunkte rund um die Thematik „Ärztliche Leichenschau und Todesbescheinigung“ zu erwerben sind, entspricht nicht der Systematik der „Empfehlungen zur ärztlichen Fortbildung“ der Bundesärztekammer.

Gemäß der Beschlusslage des 121. Deutschen Ärztetages 2018 (Drs. III - 07, III - 08, III - 09) sowie der in der laufenden Legislaturperiode nicht zu erwartenden Novellierung der GOÄ empfiehlt der Ausschuss „Gebührenordnung“, dass sich die Bundesärztekammer nochmals an das BMG wendet und eine zeitnahe Erhöhung der Gebühren für die Leichenschau bzw. Todesfeststellung anmahnt.

Einführung der Widerspruchslösung zur Organspende

(Drucksache Ic - 80) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Sie wurden im Zusammenhang mit dem 2. TPG-Änderungsgesetz thematisiert. Im Rahmen der in Kürze zu erwartenden Befassung mit einem Gesetzentwurf zur Einführung der Widerspruchslösung wird daran angeknüpft.*

Entwicklung eines nationalen Diabetesplans für Deutschland

(Drucksache Ic - 81) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Physician Assistance - eine arztunterstützende neue Perspektive für Gesundheitsfachberufe

(Drucksache Ic - 83) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Medizinische Fachberufe" und Schreiben an den Deutschen Hochschulverband Physician Assistant (DHPA).

Ergebnis: *Der Ausschuss hat die gemeinsame Arbeitsgruppe "Akademisierte Gesundheitsfachberufe/Physician Assistant" von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung (KBV) um eine erneute Befassung mit dem Konzeptpapier "Physician Assistant" gebeten. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Auf ein Schreiben an den DHPA wurde verzichtet, da der Hochschulverband in die derzeit noch laufenden Beratungen miteinbezogen ist.*

Tagesordnungspunkt für kommenden Deutschen Ärztetag

(Drucksache Ic - 84) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand im Rahmen der Planung der Deutschen Ärztetage.

Ergebnis: *Der Vorstand hat sich für das Thema "Wenn die Arbeit Ärzte krank macht" (siehe Ic - 138) und gegen einen eigenen Tagesordnungspunkt "Zusammenarbeit der ärztlichen und nichtärztlichen Gesundheitsberufe" auf dem 122. Deutschen Ärztetag 2019 ausgesprochen.*

Behandlungsspektrum von Heilpraktikern prüfen

(Drucksache Ic - 85) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

"AgendaMEDZukunft", Zulassungswege zum Medizinstudium schneller reformieren und im Sinne der Studierenden handeln

(Drucksache Ic - 86) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den MFT, den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) wie auch an den Ministerpräsidenten des Saarlandes gerichtet.*

Wertschätzung der Studierenden im Praktischen Jahr

(Drucksache Ic - 87) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Angleichung der Richtlinien in der Substitution Opioidabhängiger

(Drucksache Ic - 88) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Anliegen dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) übermitteln.

Ergebnis: *Das Anliegen der Entschließung wurde in die Stellungnahme vom 15.06.2018 zur Änderung der MVV-RL (Anlage 1 Nummer 2) aufgenommen und in der Anhörung im G-BA am 26.07.2018 mündlich vorgetragen.*

Ausreichende Erprobung neuer medizinischer Anwendungen der Telematik sicherstellen

(Drucksache Ic - 89) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesellschaft der gematik, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Telematik im Gesundheitswesen (BLAG) und an den Bundesverband Gesundheits-IT (BVITG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschaft der gematik, die BLAG und an den BVITG am 18.06.2018.

Kein Wildwuchs elektronischer Gesundheitsakten einzelner Kassen

(Drucksache Ic - 90) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesellschaft der gematik, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Telematik im Gesundheitswesen (BLAG), den Bundesverband Gesundheits-IT (BVITG) und an den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschaft der gematik, die BLAG, den BVITG und an den VZBV am 18.06.2018.

Kein neues Bundesinstitut für Telematik

(Drucksache Ic - 91) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesellschafter der gematik, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Telematik im Gesundheitswesen (BLAG) und an den Bundesverband Gesundheits-IT (BVITG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschafter der gematik, die BLAG und an den BVITG am 18.06.2018.

Vereinfachung der "Vereinbarung zu klinischen Sektionen gemäß § 9 Abs. 1a Nr. 3 KHEntgG (Obduktionsvereinbarung)"

(Drucksache Ic - 93) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), den Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband) und an den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband - GKV-SV).

Ergebnis: *Schreiben an die DKG, den PKV-Verband und an den GKV-SV am 29.10.2018.*

Klinik Codex "Medizin vor Ökonomie"

(Drucksache Ic - 95) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Vorstand begrüßt die Initiative der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) und unterstützt diese mit dem Logo der Bundesärztekammer. Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Unterstützung und Weiterentwicklung des Klinik Codex

(Drucksache Ic - 96) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Vorstand begrüßt die Initiative der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) und unterstützt diese mit dem Logo der Bundesärztekammer. Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Im Interesse der Patienten - Freiberuflichkeit statt Konzernbildung

(Drucksache Ic - 97) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Bundesärztekammer hat die diesjährige Veranstaltung "BÄK im Dialog" dem Thema "Patientenversorgung unter Druck" gewidmet und das Anliegen der Entschließung aufgegriffen. Darüber hinaus hat die Bundesärztekammer im Stellungnahmeverfahren zum Entwurf eines Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) die Probleme adressiert und mit konkreten Gesetzesänderungen die Novellierung der Regelungen für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gefordert.*

Menschenrecht auf Gesundheit

(Drucksache Ic - 100) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

In § 1 der (Muster-)Berufsordnung (MBO-Ä) stehen der Schutz und die Wiederherstellung der Gesundheit an erster Stelle. Die Berufsordnung ist daher als eine "Patientenschutzordnung" zu

bezeichnen und beinhaltet das Recht eines jeden Menschen auf eine vorurteilsfreie Versorgung - unabhängig von seinem Status, seiner Nationalität und seiner Erkrankung.

- Vortrag des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesärztekammer am 29.01.2019 bei der Veranstaltung der Diakonie Deutschland "Krank, zugewandert und nicht versichert?".

Freier Zugang und kostendeckende Vergütung für Hochschulambulanzen

(Drucksache Ic - 101) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband - GKV-SV).

Ergebnis: *Ein Schreiben an den GKV-SV wurde am 25.07.2018 versandt.*

Schwerpunkt Klimawandel auf dem Deutschen Ärztetag

(Drucksache Ic - 102) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand im Rahmen der Planung des 122. Deutschen Ärztetages 2019.

Ergebnis: *Der Vorstand hat sich für das Thema "Wenn die Arbeit Ärzte krank macht" (siehe Ic - 138) und gegen einen eigenen Tagesordnungspunkt zum Thema Klimawandel und Gesundheit auf dem 122. Deutschen Ärztetag 2019 ausgesprochen.*

Declaration on Health and Climate Change

(Drucksache Ic - 105) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Die Bundesärztekammer setzt sich im Sinne ihres satzungsgemäßen Auftrags für die Umsetzung der WMA-Resolution ein.*

Krankentransportrichtlinie für Notfälle ändern

(Drucksache Ic - 107) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Ergebnis: *Das Anliegen wird in der AG "Ambulante und stationäre Versorgung" mit der zuständigen Abteilung des G-BA behandelt.*

Schwangerschaftsabbruch: Werbeverbot beibehalten, Beratungs- und Hilfsangebote stärken

(Drucksache Ic - 108) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Pressemitteilung am 12.05.2018 "Schwangerschaftsabbruch: Werbeverbot beibehalten, Beratungs- und Hilfsangebote stärken"

- Pressemitteilung am 29.01.2019 "Montgomery: Ein tragfähiger Kompromiss, der allen hilft"

- Stellungnahme der Bundesärztekammer vom 01.02.2019 zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch.

Neurologie und Psychiatrie früher im Medizinstudium

(Drucksache Ic - 109) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen der Antragsteller ist nachvollziehbar, ließe sich aber auf verschiedene andere Bereiche der Medizin übertragen. Eine isolierte Schwerpunktsetzung in der Neurologie und Psychiatrie sollte durch jede einzelne Fakultät erwogen und ggf. wahrgenommen werden.*

Basiskonntnissen in Ökonomie, Ethik, Management, Recht und Führungskompetenzen wird in der

neuen (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) 2018 unter anderem in den Allgemeinen Inhalten, die für alle Facharzt- und Schwerpunktweiterbildungen gelten, Rechnung getragen.
Die Forderungen eines Mentalitäts- und Kulturwechsels im Krankenhaus sowie einer Vorbereitung auf eine Selbstständigkeit in der ambulanten Versorgung werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

§ 219a StGB reformieren

(Drucksache Ic - 110)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

- Pressemitteilung am 12.05.2018 "Schwangerschaftsabbruch: Werbeverbot beibehalten, Beratungs- und Hilfsangebote stärken"

- Pressemitteilung am 29.01.2019 "Montgomery: Ein tragfähiger Kompromiss, der allen hilft"

- Stellungnahme der Bundesärztekammer vom 01.02.2019 zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch.

Schutz der Ärzte vor der Praxis von Arztbewertungsportalen

(Drucksache Ic - 111)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Fragmentierung der Kompetenzen der Fachärztinnen/Fachärzte

(Drucksache Ic - 112)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden auch mit Unterstützung der Weiterbildungsgremien in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Vorgaben der Qualitätssicherung auf den Prüfstand bezüglich Patientennutzen stellen

(Drucksache Ic - 113)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

- Schreiben an das BMG und an den G-BA am 29.10.2018.

Wissensprüfung für Ärzte aus Drittstaaten

(Drucksache Ic - 114)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Qualitätsstandards für die Gleichwertigkeitsprüfung zur Erteilung der Approbation

(Drucksache Ic - 115)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen Meinungsbildungsprozess eingebracht.

Integration ausländischer Ärzte in das deutsche Gesundheitswesen

(Drucksache Ic - 116)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG und die GMK am 30.10.2018.

116117 auf der Versichertenkarte

(Drucksache Ic - 119)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Unter Berücksichtigung der im Dezember 2018 vom BMG vorgelegten Eckpunkte zur Reform der Notfallversorgung fließt die Forderung in die weitere politische Arbeit ein.*

Regelmäßige Überprüfung der Inanspruchnahme während des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Krankenhaus

(Drucksache Ic - 120)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Umsetzung fachlicher Standards in der gesundheitlichen Versorgung von Betroffenen häuslicher und sexualisierter Gewalt

(Drucksache Ic - 121)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: *Der Ausschuss sieht die Zuständigkeit für die Ausarbeitung fachlicher Standards und eines entsprechenden Maßnahmenkatalogs bei den jeweiligen Fachgesellschaften. Um deren Entwicklung anzustoßen, wird die Bundesärztekammer die betreffenden Fachgesellschaften über das Anliegen informieren und den Bedarf nach entsprechenden Standards, Leitlinien oder Handlungsalgorithmen abfragen.*

Abschaffung der Strafbarkeit einer sachlichen Information über den Schwangerschaftsabbruch

(Drucksache Ic - 122)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Pressemitteilung am 12.05.2018 "Schwangerschaftsabbruch: Werbeverbot beibehalten, Beratungs- und Hilfsangebote stärken"

- Pressemitteilung am 29.01.2019 "Montgomery: Ein tragfähiger Kompromiss, der allen hilft"

- Stellungnahme der Bundesärztekammer vom 01.02.2019 zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch.

Berücksichtigung der beruflichen Vorprägung bei der Neujustierung der Zulassung zum Medizinstudium

(Drucksache Ic - 123)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Kultusministerkonferenz (KMK), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 11.06.2018 an die KMK, die GMK, den MFT, den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und an den Ministerpräsidenten des Saarlandes gerichtet.

Gesundheitliche Gefahren durch Plastikmüll und Mikroplastik untersuchen und vermindern (Drucksache Ic - 124) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: Die Bundesärztekammer setzt sich für die Umsetzung dieses Anliegens im Sinne ihres satzungsgemäßen Auftrags ein und bringt es in den weiteren Meinungsbildungsprozess ein.

Schulung von Führungskräften in Führungsethik

(Drucksache Ic - 125) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen im Praktischen Jahr

(Drucksache Ic - 127) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die KMK, die GMK, den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.

Zielgerichtete gesundheitsorientierte Prävention unter besonderer Berücksichtigung von Heranwachsenden mittels einer Zuckerabgabe auf Getränke und Fertigprodukte

(Drucksache Ic - 128) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 zu diskutieren und ein Fachgespräch zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse durchzuführen. Ein Verweis auf die EntschlieÙung erfolgte in der "Stellungnahme zur Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten" vom 03.12.2018.

Lebensmittelkennzeichnung durch eine sogenannte Ampel

(Drucksache Ic - 129) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 zu diskutieren und ein Fachgespräch zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse durchzuführen. Ein Verweis auf die EntschlieÙung erfolgte in der "Stellungnahme zur Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten" vom 03.12.2018.

Ernährung als Schulfach

(Drucksache Ic - 130) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Prävention und Bevölkerungsmedizin".

Ergebnis: Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, das Thema auf dem Treffen der Präventionsbeauftragten der Landesärztekammern am 07.03.2019 auf Grundlage bereits bestehender Aktivitäten zu beraten.

Dringliche Modifizierung des Physician Assistant

(Drucksache Ic - 133) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Medizinische Fachberufe".

Ergebnis: Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die gemeinsame Arbeitsgruppe "Akademisierte Gesundheitsfachberufe/Physician Assistant" von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) mit der erneuten Befassung mit dem Konzeptpapier "Physician Assistant" zu beauftragen. Die Arbeit dieser Arbeitsgruppe ist noch nicht abgeschlossen.

Aufhebung von Budgetierung und Leistungsbeschränkungen verkürzt Wartezeiten für Patienten - Terminservicestellen und Verlängerung von Pflichtzeiten sind ungeeignet

(Drucksache Ic - 136) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Sorge wegen der Industrialisierung ambulanter medizinischer Leistungen

(Drucksache Ic - 137) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Der Vorstand hat sich für das Thema "Wenn die Arbeit Ärzte krank macht" (siehe Ic - 138) und gegen einen eigenen Tagesordnungspunkt zum Thema Klimawandel und Gesundheit auf dem 122. Deutschen Ärztetag 2019 ausgesprochen.

Ärztegesundheit

(Drucksache Ic - 138) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand im Rahmen der Planung des 122. Deutschen Ärztetages 2019.

Ergebnis: Der Vorstand greift das Anliegen der Vorstandsüberweisung auf und berät das Thema unter dem TOP II "Wenn die Arbeit Ärzte krank macht" auf dem 122. Deutschen Ärztetag 2019.

Studienplatzterhöhung nur nach ausreichender Finanzierung der Studiengänge

(Drucksache Ic - 139) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder, die Kultusministerkonferenz (KMK), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die KMK, die GMK, den Medizinischen Fakultätentag (MFT), den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und an den Ministerpräsidenten des Saarlandes gerichtet.

Maßnahmen zur Prävention des Nikotinabusus endlich umsetzen - Kinder und Jugendliche vor Suchtgefahren schützen

(Drucksache Ic - 140) (EntschlieÙung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(BMWi), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben an das BMWi, das BMG und das BMEL wurde am 26.09.2018 versandt.*

Aus für die elektronische Gesundheitskarte (eGK)

(Drucksache Ic - 141)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Standardisierte Fragebögen für qualifizierte ärztliche Bescheinigungen

(Drucksache Ic - 142)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Erfahrungsaustausch der Menschenrechtsbeauftragten.

Ergebnis: *Nach Beratung der Menschenrechtsbeauftragten folgt der Vorstand dem Anliegen des Antrags nicht.*

Flexibilität für Auslandsabschnitte im Praktischen Jahr erhalten

(Drucksache Ic - 143)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an die GMK, den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und an den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Approbation von Ärztinnen und Ärzten aus Drittstaaten

(Drucksache Ic - 146)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: *Ein Schreiben an die GMK wurde am 30.10.2018 versandt.*

Bundeseinheitliche Aufwandsentschädigung für PJ-Studierende

(Drucksache Ic - 147)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 24.05.2018 an das BMG sowie am 11.06.2018 an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) gerichtet.*

Muttersprachliche Schwangerschaftskonfliktberatung

(Drucksache Ic - 148)(Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK).

Ergebnis: *Die Forderung wurde in den politischen und medialen Meinungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an die GMK am 11.12.2018. mit der Bitte um Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, die Schwangerenberatungen - neben Deutsch - auch in anderen Sprachen anbieten. Gerade für diese schwierige Beratungssituation ist es unerlässlich, dass ratsuchende Frauen umfassende Beratung ohne sprachliche Einschränkung erhalten.

Keine Diskriminierung oder Diffamierung von behinderten Menschen und Geflüchteten

(Drucksache Ic - 151) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

In § 1 der (Muster-)Berufsordnung (MBO-Ä) stehen der Schutz und die Wiederherstellung der Gesundheit an erster Stelle. Die Berufsordnung ist daher als eine "Patientenschutzordnung" zu bezeichnen und beinhaltet das Recht eines jeden Menschen auf eine vorurteilsfreie Versorgung - unabhängig von seinem Status, seiner Nationalität und seiner Erkrankung.

- Vortrag des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesärztekammer am 29.01.2019 bei der Veranstaltung der Diakonie Deutschland "Krank, zugewandert und nicht versichert?".

Antragskommission

(Drucksache Ic - 152) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Satzung/Geschäftsordnung" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand spricht sich dafür aus, diesen Beschluss nicht weiter zu verfolgen. In der Diskussion in den Gremien wurde deutlich, dass eine Antragskommission mit einem erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden wäre und die Befürchtung besteht, dass über eine Antragskommission in die Mitwirkungsrechte der Abgeordneten des Deutschen Ärztetages eingegriffen würde. Die Zielsetzung des Beschlusses im Sinne einer Strukturverbesserung wird durch die Einrichtung einer Antragskommission nicht erreicht. Befürwortet werden stattdessen strukturelle Veränderungen. Erste Vorschläge, die die Zielsetzung des Beschlusses verfolgen, wurden erarbeitet und sollen in der nächsten Legislaturperiode weiter beraten werden.*



TOP II Psychische Erkrankungen: Versorgung aus ärztlicher Sicht

Weiterentwicklung des Behandlungs- und Versorgungssystems für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu einem gesundheitspolitischen Schwerpunkt machen

(Drucksache II - 01) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Zeitgemäße Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetze - Prävention, Behandlung und Hilfe müssen im Vordergrund stehen

(Drucksache II - 02) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gesetzliche Grundlage für eine "Arbeitsminderung" schaffen

(Drucksache II - 03) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands sowie Schreiben an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Ein Schreiben an das BMAS und an das BMG wurde am 25.07.2018 versandt.*

Verbesserung der Versorgung psychisch und psychosomatisch kranker Menschen

(Drucksache II - 04) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Sprechende Medizin endlich stärken

(Drucksache II - 05) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, dass die Forderung in den Diskurs mit der Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) eingebracht wird. Die Forderung folgt der Systematik der GOÄ-Novelle, mit welcher zeitgetaktete Gesprächsleistungen implementiert werden sollen.*

Stigmatisierung psychisch Erkrankter abbauen

(Drucksache II - 06) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der AG "Ärztliche Psychotherapie" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen stellt ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen dar. Die Bundesärztekammer engagiert sich seit Jahren im Rahmen des Aktionsbündnisses Seelische Gesundheit für die Bekämpfung von Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch erkrankter Menschen. Ferner werden die Anliegen psychisch kranker Menschen regelmäßig vom Deutschen Ärztetag thematisiert. Dieses Engagement wird angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen als ausreichend angesehen.*

Keine Substitution indizierter psychotherapeutischer Behandlungen

(Drucksache II - 07) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Versorgungsforschung Psychiatrie

(Drucksache II - 08) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ständigen AK "Versorgungsforschung" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Die Finanzierung von Projekten der Versorgungsforschung durch die Bundesärztekammer ist gemäß Beschluss des Vorstands der Bundesärztekammer seit dem 01.07.2013 ausgesetzt. Eine Bewerbung um Fördermittel des beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) eingerichteten Innovationsfonds erfolgte mit der Konsortialpartnerschaft des Vorstands des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer in dem Projektantrag „COMPAS – Integration digitaler Interventionen in die ambulante Versorgung depressiver Patienten“. Hierbei wurden wesentliche Forderungen der Vorstandsüberweisung aufgegriffen. Eine Förderung des Projektes wurde nicht bewilligt.*

Einrichtung einer Arbeitsgruppe Neuropsychiatrie in der Bundesärztekammer

(Drucksache II - 09) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Ambulante Diagnostik, Therapie und Prävention neuropsychiatrischer Krankheitsbilder" wird abgelehnt, da die Aufgabenstellung der Bundesärztekammer die Bearbeitung von einzelnen Erkrankungen oder Krankheitsgruppen nicht vorsieht.*

Gegen Speicherung der Daten psychisch Kranker

(Drucksache II - 12) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Verbesserung der interprofessionellen Kommunikation im Bereich der seelischen Gesundheit

(Drucksache II - 13) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der AG "Ärztliche Psychotherapie" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Die Verbesserung der Strukturen für die Kooperation und interprofessionelle Kommunikation im Bereich der seelischen Gesundheit sind wichtige Anliegen, für die sich die Bundesärztekammer in verschiedenen Kontexten und Gremien engagiert und zahlreiche inhaltliche Impulse bereits gegeben hat. Die Bundesärztekammer begrüßt entsprechende Initiativen ärztlicher Berufsverbände sowie wissenschaftlich-medizinischer Fachgesellschaften.*



TOP III GOÄneu

Fortsetzung der Arbeiten an der GOÄ-Novelle

(Drucksache III - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Fortsetzung der Arbeiten zur Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Forderungen zu befürworten, da sie dem geplanten Vorgehen der Bundesärztekammer entsprechen.*

Keine Vereinheitlichung inkompatibler ärztlicher Gebührensysteme

(Drucksache III - 02) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen entsprechen dem Vorgehen der Bundesärztekammer und wurden bereits in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Forderung nach zeitnaher und deutlicher Erhöhung der bestehenden Gebührensätze der GOÄneu

(Drucksache III - 03) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Forderung abzulehnen, da sie dem geplanten Vorgehen zur GOÄ-Novellierung widerspricht und weder politisch durchsetzbar ist noch die bestehenden Probleme der aktuell gültigen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) löst.*

Novellierung der GOÄ

(Drucksache III - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Weiteres Vorgehen entsprechend dem Beschluss im Ausschuss "Gebührenordnung" beraten.

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Forderungen zu befürworten, da sie dem geplanten Vorgehen der Bundesärztekammer entsprechen.*

Ärztliche Gebührenordnung als Verhandlungsgrundlage für die Novellierung der GOÄ fertigstellen

(Drucksache III - 05) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Fortsetzung der Arbeiten zur Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) entsprechend dem Beschluss und Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Forderungen zu befürworten, da sie dem geplanten Vorgehen der Bundesärztekammer entsprechen.*

GOÄ frühzeitig in die Politik einbringen

(Drucksache III - 06) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, der Forderung dadurch Rechnung zu tragen, dass in Abhängigkeit vom Diskussionsprozess innerhalb der Wissenschaftlichen Kommission für ein modernes Vergütungswesen (KOMV) und den sich daraus ergebenden politischen Rahmenbedingungen nach Rücksprache mit den übergeordneten Verbänden und dem Vorstand der Bundesärztekammer darüber entschieden werden soll.*

Leichenschau sofort besser honorieren

(Drucksache III - 07) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung" und Gespräch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Novellierung der Leichenschau in der aktuell gültigen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) noch vor deren Gesamtnovellierung zu fordern. Grundlage soll die mit den ärztlichen Berufsverbänden und wissenschaftlich-medizinischen Fachgesellschaften sowie dem PKV-Verband abgestimmten Leistungslegenden zur Leichenschau und die betriebswirtschaftliche Kalkulation der Leistungen sein. In entsprechenden Schreiben wurden das BMG um ein entsprechendes Verordnungsverfahren und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) um Unterstützung gebeten.*

Vorzeitige Umsetzung der GOÄ bei der Abrechnung der Leichenschau

(Drucksache III - 08) (Entschießung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung" und Gespräch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Novellierung der Leichenschau in der aktuell gültigen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) noch vor deren Gesamtnovellierung zu fordern. Grundlage soll die mit den ärztlichen Berufsverbänden und wissenschaftlich-medizinischen Fachgesellschaften sowie dem PKV-Verband abgestimmten Leistungslegenden zur Leichenschau und die betriebswirtschaftliche Kalkulation der Leistungen sein. In entsprechenden Schreiben wurden das BMG um ein entsprechendes Verordnungsverfahren und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) um Unterstützung gebeten.*

Vergütung der ärztlichen Leichenschau

(Drucksache III - 09) (Entschießung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Gebührenordnung" und Gespräch mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Der Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, die Novellierung der Leichenschau in der aktuell gültigen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) noch vor deren Gesamtnovellierung zu fordern. Grundlage soll die mit den ärztlichen Berufsverbänden und wissenschaftlich-medizinischen Fachgesellschaften sowie dem PKV-Verband abgestimmten Leistungslegenden zur Leichenschau und die betriebswirtschaftliche Kalkulation der Leistungen sein. In entsprechenden Schreiben wurden das BMG um ein entsprechendes Verordnungsverfahren und die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) um Unterstützung gebeten.*



TOP IV Änderung des § 7 Abs. 4 MBO-Ä (Fernbehandlung)

Änderung des in § 7 Abs. 4 MBO-Ä statuierten Behandlungsgrundsatzes zur Fernbehandlung von Patientinnen und Patienten

(Drucksache IV - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Einarbeitung der neuen Regelung in die (Muster-)Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte (MBO-Ä) sowie Umsetzung der Regelung in den Berufsordnungen durch die Landesärztekammern.

Ergebnis: *Die Änderung von § 7 Abs. 4 MBO-Ä wurde in der Ausgabe 24/2018 des Deutschen Ärzteblatts vom 15.06.2018 veröffentlicht. Der Umsetzungsprozess in den Landesärztekammern dauert an.*

Keine ärztlichen Verordnungen im Rahmen von ausschließlichen Fernbehandlungen

(Drucksache IV - 03) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Fernbehandlung", im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Sowohl eine Verschreibung von Arzneimitteln und Heilmitteln als auch Überweisungen im Rahmen ausschließlicher Fernbehandlung werden befürwortet, soweit die die Behandlungsqualität sichernden Vorgaben in § 7 Abs. 4 Satz 3 (Muster-)Berufsordnung beachtet werden. Dem Anliegen aus der Vorstandsüberweisung wird daher nicht gefolgt. Mit Schreiben vom 13.09.2018 wurde eine Empfehlung an den Gesetzgeber gerichtet, die Vorschrift des § 48 Arzneimittelgesetz (AMG) so zu ändern, dass eine Abgabe von Arzneimitteln auf Grundlage einer ärztlichen Verschreibung nach ausschließlicher Fernbehandlung unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 7 Abs. 4 MBO-Ä möglich wird.*

Keine Krankschreibung per Telefon oder per Videokonferenz bei unbekannten Patienten

(Drucksache IV - 04) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Fernbehandlung", im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Die (Muster-)Berufsordnung (MBO-Ä) ist zur Umsetzung des Anliegens der Entschließung nicht der richtige Regelungsort. Davon sind andere Rechtskreise (z. B. Vertragsarztrecht) und Interessengruppen (z. B. Arbeitgeber, Gewerkschaften) betroffen. Eine Bewertung der Rechtslage sollte daher von den betroffenen Interessengruppen und Institutionen in eigener Zuständigkeit vorgenommen werden. Ärztinnen und Ärzte dürfen nicht dem unberechtigten Vorwurf der Ausstellung unrechtmäßiger Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgesetzt werden.*

Änderung des in § 7 Abs. 4 MBO-Ä statuierten Behandlungsgrundsatzes zur Fernbehandlung von Patientinnen und Patienten

(Drucksache IV - 05) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Eine Beratung erfolgt in der zweiten Projektphase der Arbeitsgruppe "Fernbehandlung".*

Einbindung von Fernbehandlung in bestehende Versorgungsstrukturen

(Drucksache IV - 07) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Diskriminierungsverbot bei Fernbehandlungen

(Drucksache IV - 08) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und den Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband).

Ergebnis: *Eine Beratung erfolgt in der zweiten Projektphase der Arbeitsgruppe "Fernbehandlung".*

Fernbehandlung im vertragsärztlichen Sektor nur durch Vertragsärzte

(Drucksache IV - 09) (Entschließung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV).

Ergebnis: *Eine Beratung erfolgt in der zweiten Projektphase der Arbeitsgruppe "Fernbehandlung".*

§ 7 Abs. 4 MBO-Ä (Fernbehandlung)

(Drucksache IV - 10) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Fernbehandlung", im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Der Ausschuss ist zum Ergebnis gekommen, dass die mit der Vorstandsüberweisung verfolgten Zielsetzungen bereits durch die bestehenden berufsrechtlichen Regelungen erreicht werden. Darüber hinaus besteht kein weiterer Handlungsbedarf.*

Information des weiterbehandelnden Arztes bei ausschließlicher Fernbehandlung

(Drucksache IV - 11) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Fernbehandlung", im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte" und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: *Eine Information des weiterbehandelnden Arztes ist im Rahmen des § 7 Abs. 7 MBO-Ä zulässig. Eine darüber hinausgehende Informationspflicht unabhängig vom Einverständnis des Patienten und außerhalb gesetzlicher Offenbarungspflichten scheitert am Recht des Patienten auf informationelle Selbstbestimmung.*



TOP VIII Novellierung der (Muster-)Weiterbildungsordnung

Gesamtnovelle der (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018

(Drucksache VIII - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Der Beschluss wurde mit Verabschiedung der neuen MWBO 2018 durch den Vorstand in seiner Sitzung am 15.11.2018 umgesetzt.

Elektronisches Logbuch zur Dokumentation der Weiterbildung

(Drucksache VIII - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Einführung eLogbuch".

Ergebnis: Das Anliegen wird im weiteren Projektverlauf bearbeitet und das Ergebnis dem 122. Deutschen Ärztetag 2019 vorgestellt.

eLogbuch bundesweit einführen

(Drucksache VIII - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der PG "Einführung eLogbuch".

Ergebnis: Die bundesweite Einführung des eLogbuchs ist für den Erfolg der Novelle unverzichtbar. Die Möglichkeit zur elektronischen Evaluation der Weiterbildung wird bei der Gestaltung des eLogbuchs berücksichtigt.

Verbundweiterbildung ausbauen

(Drucksache VIII - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Das Anliegen des Beschlusses, Verbundweiterbildungen auszubauen, wird bei der Umsetzung in den Landesärztekammern berücksichtigt.

Sicherstellung der Durchführung der Weiterbildung an den Weiterbildungsstätten

(Drucksache VIII - 05) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Ausweislich der MWBO hat der Befugte die Weiterbildung persönlich zu leiten. Daher soll das Anliegen, die Zulassung der Weiterbildungsstätte von der Relation zwischen der Anzahl der Befugten und der Weiterzubildenden abhängig zu machen, insbesondere im Zusammenhang mit der Beratung über die Befugniserteilung, aufgegriffen werden. Die Weiterbildungsstellen weisen darauf hin, dass das Anliegen des Antrags bereits aktuell im Einzelfall, bspw. über Auflagen, geregelt werden kann. Eine Änderung des Paragrafenteils, wie dem Deutschen Ärztetag vorgelegt, ist nicht erforderlich.

Anerkennung von humanitären Einsätzen auf die Weiterbildung

(Drucksache VIII - 06) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Die Weiterbildungsstellen unterstützen das Engagement von Ärztinnen und Ärzten im Rahmen humanitärer Einsätze. Eine Anerkennung dieser Zeit auf die Weiterbildung ist bereits nach der aktuellen MWBO möglich und hängt vom jeweiligen Einzelfall ab.

Attraktivität der Weiterbildung im ambulanten Bereich steigern

(Drucksache VIII - 12) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Das Anliegen des Beschlusses, Weiterbildungsverbünde zu fördern und die Erteilung von Befugnissen zur Leitung der Weiterbildung zu entbürokratisieren, wird insbesondere im Zusammenhang mit der Beratung über die bzw. bei der Befugniserteilung aufgegriffen.

Der 121. Deutsche Ärztetag beschließt die (Muster-)Weiterbildungsordnung

(Drucksache VIII - 13) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Die Weiterbildungszeiten und Richtzahlen an ihrer Erforderlichkeit auszurichten, war ein Kernanliegen der MWBO-Novellierung. Das Anliegen des Beschlusses wurde im Wesentlichen im Rahmen des Novellierungsprozesses aufgegriffen. Die Umsetzung der im letzten Absatz genannten Anliegen, u. a. die Weiterbildungsinhalte, -zeiten und Richtzahlen innerhalb der nächsten zwei Jahre auf Didaktik, Versorgungsrelevanz und Evidenz zu prüfen und ggf. anzupassen, sind allerdings innerhalb dieser Zeitspanne nicht realistisch.

Neue Strukturen zügig und einheitlich in den Landesärztekammern übernehmen

(Drucksache VIII - 14) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: Diesen Appell greifen die Landesärztekammern auf.

Weiterbildungszeiten zur Stärkung der Kompetenzorientierung sukzessive reduzieren

(Drucksache VIII - 15) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Die Weiterbildungszeiten und Richtzahlen an ihrer Erforderlichkeit auszurichten, war ein Kernanliegen der MWBO-Novellierung. Die Weiterbildungsgremien empfehlen auch unter Bezugnahme auf die Vorstandsüberweisung III - 16 des 119. Deutschen Ärztetages 2016, nach einer ersten Evaluation das Anliegen des Beschlusses im weiteren Prozess zu berücksichtigen.

Unterbrechungszeiten in der Weiterbildung

(Drucksache VIII - 16) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien empfehlen – unter Berücksichtigung ihres Votums hinsichtlich des DÄT-Antrages VII - 41 aus dem Jahr 2017 – unter Abwägung von Vor- und Nachteilen, eine derartige Regelung zur Unterbrechung der Weiterbildung nicht dezidiert in den Paragrafenteil aufzunehmen. Die Weiterbildungsgremien bekräftigen ihre Auffassung, dass es – wie bisher – bei individuellen Einzelprüfungen bleiben soll. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der Landesärztekammern, ggf. Richtlinien zur Anerkennung von Forschungszeiten für ihren Kammerbereich zu erstellen.

Änderungsantrag zum Antrag VIII - 16 - Unterbrechungen der Weiterbildung

(Drucksache VIII - 16a) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien empfehlen – unter Berücksichtigung ihres Votums hinsichtlich des DÄT-Antrages VII - 41 aus dem Jahr 2017 – unter Abwägung von Vor- und Nachteilen, eine derartige Regelung zur Unterbrechung der Weiterbildung nicht dezidiert in den Paragrafenteil aufzunehmen. Die Weiterbildungsgremien bekräftigen ihre Auffassung, dass es – wie bisher – bei individuellen Einzelprüfungen bleiben soll. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der Landesärztekammern, ggf. Richtlinien zur Anerkennung von Forschungszeiten für ihren Kammerbereich zu erstellen.

Berufsbegleitende Weiterbildung in der Zusatz-Weiterbildung stärken

(Drucksache VIII - 17) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen, weitere berufsbegleitende Zusatz-Weiterbildungen auszuweisen, nachvollziehen und empfehlen, nach einer ersten Evaluation das Anliegen im weiteren Prozess zu berücksichtigen.*

Weitere Entwicklung der Weiterbildung durch neue Weiterbildungskultur vor Ort

(Drucksache VIII - 18) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Schaffung einer modernen Weiterbildungskultur war eines der zentralen Ziele der MWBO-Novellierung. Daher unterstützen die Weiterbildungsgremien die Forderungen im Wesentlichen. Dem Anliegen des Beschlusses wird u. a. durch die Entwicklung des eLogbuchs Rechnung getragen.*

Neue Zusatz-Weiterbildungen

(Drucksache VIII - 20) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien empfehlen, die bis zum 121. Deutschen Ärztetag 2018 beratenen Zusatz-Weiterbildungen, die nicht zur Aufnahme in die MWBO empfohlen wurden, lediglich auf Antrag der federführenden Fachgesellschaft bzw. des Berufsverbandes neu aufzugreifen. Eine erneute Befassung soll nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass wesentliche neue Aspekte eingebracht werden. Der Verweis auf bereits vorliegende Argumentationen reicht hierfür nicht aus. Ein aktives Herantreten an die Betroffenen muss nicht erfolgen. Der vorgegebene Zeithorizont zur Beratung auf dem Deutschen Ärztetag 2019 bzw. 2020 wird als nicht machbar erachtet und als Signal verstanden, an diesem Thema dran zu bleiben.*

Zusatz-Weiterbildung Phlebologie bleibt erhalten

(Drucksache VIII - 21) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Phlebologie zu erhalten, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Berufsbegleitenden Erwerb von Zusatz-Weiterbildungen ermöglichen

(Drucksache VIII - 25) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen, weitere berufsbegleitende Zusatz-Weiterbildungen auszuweisen, nachvollziehen und empfehlen, nach einer ersten Evaluation das Anliegen im weiteren Prozess zu berücksichtigen.*

Zusatzbezeichnung Rehabilitationswesen und Zusatzbezeichnung Sozialmedizin

(Drucksache VIII - 27) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Zusatzbezeichnungen "Rehabilitationswesen" und "Sozialmedizin" zu erhalten, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Kardiale Magnetresonanztomographie (Kardio-MRT)

(Drucksache VIII - 28) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Die Weiterbildungsstellen werden gebeten, einen Vorschlag für die Aufnahme der Zusatz-Weiterbildung Kardiale Magnetresonanztomographie (Kardio-MRT) in die (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) vorzubereiten.

Ergebnis: Der Vorstand hat in der Sitzung vom 15.11.2018 die Aufnahme einer eigenständigen zwölfmonatigen Zusatz-Weiterbildung Kardiale Magnetresonanztomographie in die MWBO 2018 beschlossen.

Gefährdung der Versorgung in der Phlebologie verhindern!

(Drucksache VIII - 29) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Der Beschluss, die Phlebologie zu erhalten, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.

Erhalt der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie

(Drucksache VIII - 31) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Der Beschluss, die Phlebologie zu erhalten, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.

Erhalt der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie

(Drucksache VIII - 36) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Der Beschluss, die Phlebologie zu erhalten und berufsbegleitend auszuweisen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.

Änderungsantrag zu Antrag VIII - 01 - Abschnitt A der MWBO (Paragrafenteil), elektronisches Logbuch

(Drucksache VIII - 39) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Das Anliegen der Antragsteller, das Projekt "Elektronisches Logbuch" vom Novellierungsprozess zu entkoppeln, ist bereits umgesetzt. Nach einer teils kontroversen Diskussion bekräftigten die Weiterbildungsstellen mehrheitlich, dass das eLogbuch ein wesentliches Element der MWBO-Novelle darstellt, welches die nutzer- und verwaltungsfreundliche Umsetzung der Novellierungskernanliegen – Kompetenzbasierung, Flexibilisierung, Stärkung der Befugten, Modernisierung – ermöglicht. Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 hat sich auch an anderer Stelle (vgl. VIII - 03 und VIII - 02) eindeutig für ein elektronisches Logbuch ausgesprochen.

Beibehaltung der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie - Ablehnung der Nichtaufnahme der Phlebologie in die MWBO

(Drucksache VIII - 40) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Der Beschluss, die Phlebologie zu erhalten, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.

Erhalt der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie

(Drucksache VIII - 41) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsstellen.

Ergebnis: Der Beschluss, die Phlebologie zu erhalten, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.

Beibehaltung der Zusatz-Weiterbildung Spezielle Viszeralchirurgie als berufsbegleitende Weiterbildung

(Drucksache VIII - 50) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Zusatz-Weiterbildung Spezielle Viszeralchirurgie zu erhalten und berufsbegleitend auszuweisen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Zusammenlegung Zusatz-Weiterbildung Balneologie und physikalische Therapie

(Drucksache VIII - 52) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien bestätigen das dem Deutschen Ärztetag vorgelegte Konzept zur Aufteilung der beiden Bezeichnungen. Die Niedrigschwelligkeit zur Erlangung der Voraussetzung als „Badearzt“ in Kurorten sollte – wie auf dem Deutschen Ärztetag eingebracht – erhalten bleiben. Eine Zusammenlegung der Zusatz-Weiterbildungen sollte daher nicht erfolgen.*

Paragrafenteil, § 5 Abs. 7, Mentoren

(Drucksache VIII - 53) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen des Antrags nachvollziehen. Unter Berücksichtigung des Votums der Weiterbildungsgremien zum DÄT-Antrag VII - 36 aus dem Jahr 2017 soll das Anliegen insbesondere im Zusammenhang mit der Befugniserteilung erneut aufgegriffen werden. Eine Änderung des Paragrafenteils, wie dem DÄT vorgelegt, soll nicht erfolgen.*

Zusatz-Weiterbildung Psychotherapie berufsbegleitend erhalten

(Drucksache VIII - 56) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Zusatz-Weiterbildung Psychotherapie berufsbegleitend auszuweisen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Zusatz-Weiterbildung Akupunktur, Stundenzahl

(Drucksache VIII - 57) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Kurs-Weiterbildung in der Zusatz-Weiterbildung Akupunktur auf 200 Stunden zu begrenzen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Teilzeitanerkennung unter 50 Prozent

(Drucksache VIII - 59) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien befürworten die Möglichkeit, Weiterbildung auch unter 50 Prozent Teilzeit anzuerkennen. Die im Paragrafenteil vorgeschlagene Regelung zur Teilzeitweiterbildung ermöglicht bereits Weiterbildung unter 50 Prozent. Eine Untergrenze von z. B. zwölf Stunden pro Woche sollte nicht aufgegriffen werden. Individuelle Weiterbildungskonzepte lassen sich über Einzelfallentscheidungen bereits jetzt ermöglichen. Auch auf eine Regelung zur Höchstdauer der Weiterbildung im Umfang der doppelten Regelweiterbildungszeit sollte verzichtet werden. Bei den in der MWBO abgebildeten Weiterbildungszeiten handelt es sich um Mindestzeiten, deren Einhaltung oder Überschreitung von höchst individuellen Faktoren abhängt. Wurde eine Weiterbildung vollständig in Teilzeit, ggf. mit einem Teil auch unter 50 Prozent absolviert, kann auch aus rechtlichen Gründen nicht auf den Nachweis zumindest der insgesamt vollständigen Mindestweiterbildungszeit verzichtet werden. Eine Änderung des Paragrafenteils, wie dem DÄT vorgelegt, ist nicht erforderlich.*

Änderungsantrag zu VIII - 59 - Gesamtweiterbildungszeit

(Drucksache VIII - 59a) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien befürworten die Möglichkeit, Weiterbildung auch unter 50 Prozent Teilzeit anzuerkennen. Die im Paragrafenteil vorgeschlagene Regelung zur Teilzeitweiterbildung ermöglicht bereits Weiterbildung unter 50 Prozent. Eine Untergrenze von z. B. zwölf Stunden pro Woche sollte nicht aufgegriffen werden. Individuelle Weiterbildungskonzepte lassen sich über Einzelfallentscheidungen bereits jetzt ermöglichen. Auch auf eine Regelung zur Höchstdauer der Weiterbildung im Umfang der doppelten Regelweiterbildungszeit sollte verzichtet werden. Bei den in der MWBO abgebildeten Weiterbildungszeiten handelt es sich um Mindestzeiten, deren Einhaltung oder Überschreitung von höchst individuellen Faktoren abhängt. Wurde eine Weiterbildung vollständig in Teilzeit, ggf. mit einem Teil auch unter 50 Prozent absolviert, kann auch aus rechtlichen Gründen nicht auf den Nachweis zumindest der insgesamt vollständigen Mindestweiterbildungszeit verzichtet werden. Eine Änderung des Paragrafenteils, wie dem DÄT vorgelegt, ist nicht erforderlich.

eLearning-Anteile

(Drucksache VIII - 60) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: Das Anliegen des Antrags, eLearning-Anteile bei berufsbegleitenden Zusatz-Weiterbildungen zu ermöglichen, wird bei der Er- bzw. Überarbeitung der jeweiligen (Muster-)Kursbücher aufgegriffen, sofern berufsbegleitende Zusatz-Weiterbildungen Kurs-Weiterbildungen vorsehen.

Änderung der Präambel MWBO - 1. Satz

(Drucksache VIII - 65) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien begrüßen die Ergänzung um den Begriff "spezieller" und die Änderung ("Studium der Humanmedizin" statt "ärztlicher Ausbildung") im Text der Präambel. Der Satz lautet nun: "Ärztliche Weiterbildung beinhaltet das Erlernen spezieller ärztlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten nach abgeschlossenem Studium der Humanmedizin und Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit".

Änderung der Präambel (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) - 3. Satz

(Drucksache VIII - 66) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien begrüßen die Ergänzung im Text der Präambel um das Wort "vertiefende". Der Satz lautet nun: "Kennzeichnend für die Weiterbildung ist die vertiefende Anwendung ärztlicher Kenntnisse in der Berufsausübung".

Kommunikative Kompetenzen verbindlich in der Weiterbildung verankern

(Drucksache VIII - 67) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und anschließend im Vorstand.

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien sprechen sich gegen eine obligate Abbildung einer Kurs-Weiterbildung aus. Obwohl sich die Weiterbildungsgremien einig sind, keine weiteren Kurs-Verpflichtungen festzulegen, wird nochmals betont, dass die Stärkung der ärztlichen Kommunikation in der Weiterbildung eines der zentralen Ziele der MWBO-Novellierung ist. Dementsprechend ist die situationsgerechte ärztliche Gesprächsführung einschließlich der Beratung von Angehörigen in der neuen MWBO als Teil der Allgemeinen Inhalte der Weiterbildung verankert.

Die genaue Ausdifferenzierung der kommunikativen Kompetenzen könnte in einem fachlich empfohlenen Weiterbildungsplan (FEWP) erfolgen, um hierdurch auch den fachlichen Bezug zum Gebiet besser herzustellen. Auch im Rahmen der Train-the-Trainer-Seminare kann der ärztlichen Kommunikation ein wichtiger Stellenwert eingeräumt werden.

Zusatz-Weiterbildung Intensivmedizin

(Drucksache VIII - 68) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Deutsche Ärztetag hat bereits 2017 den Grundsatz der Nichtversenkbarkeit von Weiterbildungszeiten befürwortet. Die Weiterbildungsgremien stellen auf die intensiv geführten Gespräche mit allen Fachgruppen im Vorfeld des Deutschen Ärztetages ab und bekräftigen nochmals den Grundsatz der Nichtversenkbarkeit von Weiterbildungszeiten; die Mehrheit der Sitzungsteilnehmer lehnt unterschiedliche Mindestvoraussetzungen in den Weiterbildungszeiten für diese Zusatz-Weiterbildung ab.*

Zusatz-Weiterbildung Sexualmedizin

(Drucksache VIII - 69) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, eine 80-Stunden-Kurs-Weiterbildung in Psychosomatischer Grundversorgung oder die Zusatz-Weiterbildung Psychotherapie oder die Zusatz-Weiterbildung Psychoanalyse in die Mindestanforderungen gemäß § 11 MWBO für die Zusatz-Weiterbildung Sexualmedizin aufzunehmen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Berufsbegleitender Erwerb der Zusatz-Weiterbildung Allergologie

(Drucksache VIII - 70) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Zusatz-Weiterbildung Allergologie berufsbegleitend auszuweisen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Zusatz-Weiterbildung Palliativmedizin berufsbegleitend erwerbbar gestalten

(Drucksache VIII - 72) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Zusatz-Weiterbildung Palliativmedizin berufsbegleitend auszuweisen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Anrechenbarkeit erworbener Kompetenzen

(Drucksache VIII - 77) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: *Eine Änderung des Paragrafenteils, wie dem Deutschen Ärztetag vorgelegt, ist nicht erforderlich. Die Forderung entspricht dem Anliegen der MWBO-Novelle und wird durch die kompetenzbasierte Weiterbildung umgesetzt. Die Weiterbildungsgremien bekräftigen, dass erworbene Weiterbildungsinhalte auch auf andere Weiterbildungsgänge angerechnet werden können.*

Verpflichtende Evaluation der Weiterbildung in allen Ärztekammern

(Drucksache VIII - 80) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen des Antrags nachvollziehen und befürworten in einem zweiten Schritt eine regelmäßige Evaluation der Weiterbildung (siehe auch Beschluss VIII - 03).*

Erwerb der Zusatz-Weiterbildung Phlebologie soll berufsbegleitend möglich sein

(Drucksache VIII - 81) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss, die Zusatz-Weiterbildung Phlebologie berufsbegleitend auszuweisen, wurde in der MWBO 2018 umgesetzt.*

Zusatz-Weiterbildung Flugmedizin - Ergänzung Definition

(Drucksache VIII - 82) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Definition einer Zusatz-Weiterbildung dient grundsätzlich der umfassenden, übergreifenden Darstellung der Kernbereiche der Bezeichnung. Dem Anliegen des Antrags ist durch einen Weiterbildungsblock mit speziellen arbeitsmedizinischen Inhalten Rechnung getragen. Die Weiterbildungsgremien befürworten, die dem 121. Deutschen Ärztetag vorgelegte Definition unverändert beizubehalten.*

Zusatz-Weiterbildung: Kompetenzerwerb als entscheidendes Kriterium/Abschnitt A

(Drucksache VIII - 84) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der PG "Paragrafenteil".

Ergebnis: *Mit der dem Deutschen Ärztetag vorgelegten Formulierung in § 2 Abs. 4 Satz 1 MWBO ist dem Anliegen des Antrags bereits Rechnung getragen. Eine Änderung des Paragrafenteils, wie dem Deutschen Ärztetag vorgelegt, ist nicht erforderlich. In Abschnitt C wird unter dem Punkt "Mindestanforderungen gemäß § 11 MWBO" keine zeitliche Abfolge der nachzuweisenden Mindestanforderungen vorgegeben. Unbenommen davon können die während der Facharztweiterbildung zusätzlich absolvierten Weiterbildungsinhalte auf die Zusatz-Weiterbildungen anerkannt werden.*

Zusatz-Weiterbildung Schlafmedizin

(Drucksache VIII - 85) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Vorstand hat dem Anliegen des Antrags entsprochen. In der MWBO 2018 ist die Zusatz-Weiterbildung Schlafmedizin ohne Vorgabe von Mindest-Weiterbildungszeiten als berufsbegleitende Weiterbildung ausgewiesen.*